

Fritz Hammer  
Wilstrasse 5  
8610 Uster

KR-Nr. 112/2013

An die  
Geschäftsleitung des  
Kantonsrates  
8090 Zürich

## **Einzelinitiative**

betreffend Standesinitiative zur Regelung der Gehälter bei Mehrfachausübung von politischen Ämtern und bei mehrmaliger Sitzungsabwesenheit.

### Antrag:

Der Kanton Zürich reicht beim Bund eine Standesinitiative ein bezüglich Regelung der Gehälter bei Mehrfachausübung von politischen Ämtern. Bei Doppelmandaten wird das Entgelt vom Staat um 10% gekürzt, bei mehrmaliger Sitzungsabwesenheit um 20%.

### Begründung:

Allen Politikerinnen und Politikern die ein Doppelmandat ausüben, zum Beispiel als Stände-, National-, Kantons- Gemeinderat muss eine Kürzung vorgenommen werden. Das Sprichwort sagt, man kann nicht zwei Herren dienen, genau so ist es bei Doppelmandaten, etwas leidet immer darunter bei Doppelfunktionen, dadurch sind viele Politikerinnen und Politiker an der Teilnahme von Sitzungen verhindert. Bei der Abstimmung hat sich beim Bundesbeschluss Familienpolitik erneut gezeigt, dass gewisse Elemente diesen Entscheid nicht anerkennen wollen, wo das Resultat angenommen jedoch am Ständemehr gescheitert ist. Dieses Ergebnis hat zum Ausdruck gebracht, das gleichentags hingewiesen wurde, man werde dies nicht akzeptieren. Da muss man sich fragen, was sind das für Politikerinnen und Politiker, es ist schizophren aller Stufen von Politikerinnen und Politikern die ihren Frust dahin kundtun in einer absoluten negativen Äusserung. Was muss sich die Bevölkerung denken wenn Abstimmungsergebnisse so verhunzt werden. Solche Auswüchse haben zur Folge, dass noch mehr Bürger und Bürgerinnen von der Stimmabstimmung Gebrauch machen.

Man muss feststellen, dass Politikerinnen und Politiker aller Gattungen ihren Eid ablegen nach besten Wissen und Gewissen ihre Tätigkeit im Auftrag vom Souverän zu erledigen. Leider muss man feststellen, dass gewisse Politikerinnen und Politiker durch ihre Doppelfunktion zum Teil an Sitzungen verhindert sind. Wir stellen fest, dass bei Bund, im Parlament am Volk vorbei politisiert wird. Es ist dringend notwendig, dass die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker sich ihrer Aufgabe bewusst sind, sie vertreten das Volk. Es darf nicht angehen, dass der Bundesrat und das Parlament zum Beispiel bei der Vignette eine 150 % Aufschlag dem Volk präsentieren, fast gleichzeitig von einer Erhöhung vom Benzin ankündigen, auf der anderen Seite für die Entwicklungshilfe pro Jahr eine Milliarde einfach so zustimmen, wo die Bevölkerung ausgeklammert wird. Mit solchen Spielen muss Schluss gemacht werden. Wenn der Bundesrat und das Parlament den Mittelstand ausrotten wollen, aber der Staat als grosser Abzocker so weiter macht, wird es kurz oder lang zu einer Katastrophe führen. Es ist höchste Zeit die Vernunft muss zum Tragen kommen nicht der Wahnsinn.

Die Schweiz darf nicht in den Ruin getrieben werden und Politikerinnen und Politiker aller Gattungen sollen nicht immer neue finanzielle Forderungen stellen.

Der Kantonsrat wird eingeladen der Standesinitiative zu zustimmen.

Zürich, 20. März 2013

Mit freundlichen Grüßen

Fritz Hammer